



C(Extr.)/32/8
ORIGINAL: englisch
DATUM: 5. März 2015

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN

Genf

DER RAT

Zweiunddreißigste außerordentliche Tagung Genf, 27. März 2015

PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT DES „GESETZES ÜBER SORTENEINTRAGUNG, SAAT-
UND PFLANZGUTKONTROLLE UND –ZERTIFIZIERUNG VON 2003“
DER ISLAMISCHEN REPUBLIK IRAN MIT DER AKTE VON 1991
DES UPOV-ÜBEREINKOMMENS

vom Verbandsbüro erstelltes Dokument

Haftungsausschluß: dieses Dokument gibt nicht die Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder

1. In seinem Schreiben vom 23. Februar 2015 an den Generalsekretär der UPOV ersuchte Herr Mohammad Hasan Assareh, Generaldirektor, Institut für die Zertifizierung und Eintragung von Saat- und Pflanzgut (SPCRI) um die Prüfung der Vereinbarkeit „des ‚Gesetzes‘ und der ‚Verordnung‘ im Einklang mit dem ‚Iranischen Zivilgesetzbuch‘“ mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens („Akte von 1991“). Das Schreiben ist in Anlage I dieses Dokuments wiedergegeben.
2. Das Schreiben von Herrn Assareh enthielt folgendes:
 - (a) den Wortlaut des Artikels 77 der Verfassung der Islamischen Republik Iran in der am 28. Juli 1989 geänderten Fassung:

„Artikel 77 - Internationale Übereinkommen, Protokolle, Verträge und Abkommen müssen von der Islamischen Beratenden Versammlung gebilligt werden.“
 - (b) den Wortlaut des Artikels 9 des Zivilgesetzbuches der Islamischen Republik Iran vom 23. Mai 1928:

„Artikel 9 - Vertragsbestimmungen, die im Einklang mit dem Verfassungsgesetz zwischen der iranischen Regierung und anderen Regierungen abgeschlossen wurden, haben Gesetzeskraft.“
 - (c) das „Gesetz über Sorteneintragung, Saat- und Pflanzgutkontrolle und -zertifizierung von 2003“ der Islamischen Republik Iran („das Gesetz“). Anlage II enthält eine vom SPCRI zur Verfügung gestellte englische Übersetzung des Gesetzes; und
 - (d) die „Verordnung über die Eintragung von Pflanzensorten“, die am 10. Oktober 2009 von dem Vorstand der Organisation für landwirtschaftliche Forschung, Aus- und Weiterbildung gebilligt wurde (die „Verordnung“). Anlage III enthält eine vom SPCRI zur Verfügung gestellte englische Übersetzung der „Verordnung“.

GRUNDLAGE FÜR DEN SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN IN DER ISLAMISCHEN REPUBLIK IRAN GEMÄSS DER AKTE VON 1991

3. Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 sieht vor, daß „jeder Staat, der dem Verband nicht angehört, sowie jede zwischenstaatliche Organisation vor Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde den Rat um Stellungnahme zu ersuchen hat, ob ihre Rechtsvorschriften mit diesem Übereinkommen vereinbar sind. Ist der Beschluß über die Stellungnahme positiv, so kann die Beitrittsurkunde hinterlegt werden.“

4. Artikel 30 Absatz 2 der Akte von 1991 schreibt vor, daß „der Staat oder die zwischenstaatliche Organisation bei Hinterlegung seiner/ihrer Beitrittsurkunde entsprechend seinen/ihren Rechtsvorschriften in der Lage sein muß, den Bestimmungen des UPOV- Übereinkommens Wirkung zu verleihen.“

5. Artikel 30 Absatz 2 und Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 schreiben die Übereinstimmung von „Rechtsvorschriften“ vor, weshalb die Bestimmungen der Verordnung in der in diesem Dokument dargelegten Analyse keine Berücksichtigung finden.

6. Um die Regierung der Islamischen Republik Iran in die Lage zu versetzen, den Bestimmungen der Akte von 1991 Wirkung zu verleihen, wird empfohlen, die zusätzlichen Bestimmungen und Änderungen, wie in diesem Dokument vorgeschlagen, in das Gesetz aufzunehmen. Eine Analyse des Gesetzes folgt in der Reihenfolge der wesentlichen Bestimmungen der Akte von 1991.

Artikel 1 der Akte von 1991: Begriffsbestimmungen

7. Das Gesetz enthält keine Begriffsbestimmungen von „Züchter“ und „Sorte“. Es wird empfohlen, die in Artikel iv) und vi) der Akte von 1991 festgelegten Begriffsbestimmungen von „Züchter“ und „Sorte“ in das Gesetz aufzunehmen.

Artikel 2 der Akte von 1991: Grundlegende Verpflichtung der Vertragsparteien

8. Artikel 1 des Gesetzes sieht folgendes vor:

„Gemäß diesem Gesetz und zum Zweck der Wahrung der nationalen Interessen und der Organisation des Prozesses der Kontrolle und Zertifizierung von Saat- und Pflanzgut sowie zum Schutz des geistigen Eigentums der Züchter ist das Landwirtschaftsministerium dafür zuständig, die neu erzeugten Sorten zu identifizieren und einzutragen sowie Maßnahmen zur Kontrolle und Überwachung der Angelegenheiten betreffend das Saat- und Pflanzgut des Landes zu ergreifen“.

9. Um die grundlegende Verpflichtung zu erfüllen, gemäß der Akte von 1991 „Züchterrechte zu erteilen und zu schützen“, wird empfohlen, die in diesem Dokument vorgeschlagenen zusätzlichen Bestimmungen und Änderungen in das Gesetz aufzunehmen.

Artikel 3 der Akte von 1991: Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen

10. Das Gesetz enthält keine Bestimmungen über „Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen“. Es wird empfohlen, die Bestimmungen über „Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen“ gemäß den Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 2 der Akte von 1991 in das Gesetz aufzunehmen.

Artikel 4 der Akte von 1991: Inländerbehandlung

11. Artikel 1, 3 (Anmerkungen 3 und 4) und 4(C) des Gesetzes scheinen Bestimmungen zu enthalten, die Artikel 4 der Akte von 1991 nicht entsprechen. Es wird empfohlen, Artikel 1, 3 (Anmerkungen 3 und 4) und 4 (C) des Gesetzes gemäß den Bestimmungen des Artikels 4 der Akte von 1991 zu ändern.

Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991: Schutzvoraussetzungen, Neuheit, Unterscheidbarkeit, Homogenität und Beständigkeit

12. Artikel 3 und 4 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über die Schutzvoraussetzungen, die den Artikeln 5 bis 9 und 18 der Akte von 1991 nicht zu entsprechen scheinen. Es wird empfohlen, das Gesetz gemäß den Artikeln 5 und 18 der Akte von 1991 zu ändern, und:

(a) die Bestimmungen über „Neuheit“ gemäß den Bestimmungen des Artikels 6 der Akte von 1991 in das Gesetz aufzunehmen;

(b) Artikel 3 (A) des Gesetzes über „Unterscheidbarkeit“ gemäß den Bestimmungen des Artikels 7 der Akte von 1991 zu ändern;

(c) Artikel 3 (B) des Gesetzes über „Homogenität“ gemäß den Bestimmungen des Artikels 8 der Akte von 1991 zu ändern; und

(d) Artikel 3 (C) des Gesetzes über „Beständigkeit“ gemäß den Bestimmungen des Artikels 9 der Akte von 1991 zu ändern.

Artikel 10 der Akte von 1991: Einreichung von Anträgen

13. Artikel 6 (C) des Gesetzes scheint Bestimmungen betreffend die Kosten für die Eintragung von Sorten zu enthalten.

14. Artikel 3 Anmerkung 2) des Gesetzes sieht folgendes vor:

„Die Durchführungsbestimmungen betreffend die Einführung und den Schutz von Pflanzensorten werden von dem Institut ausgearbeitet und sind nach Billigung durch den Vorstand durchsetzbar.“

15. Es wird empfohlen, die Bestimmungen über die Einreichung von Anträgen gemäß den Bestimmungen des Artikels 10 der Akte von 1991 aufzunehmen.

Artikel 11 der Akte von 1991: Priorität

16. Das Gesetz enthält keine Bestimmungen über „Priorität“. Es wird empfohlen, die Bestimmungen über „Priorität“ gemäß den Bestimmungen des Artikels 11 der Akte von 1991 in das Gesetz aufzunehmen.

Artikel 12 der Akte von 1991: Prüfung des Antrags

17. Artikel 3 und 4 des Gesetzes scheinen Bestimmungen zu enthalten, die Artikel 12 der Akte von 1991 nicht entsprechen. Es wird empfohlen, das Gesetz gemäß den Bestimmungen des Artikels 12 der Akte von 1991 zu ändern.

Artikel 13 der Akte von 1991: Vorläufiger Schutz

18. Das Gesetz enthält keine Bestimmungen über „vorläufigen Schutz“. Es wird empfohlen, die Bestimmungen über „vorläufigen Schutz“ gemäß den Bestimmungen des Artikels 13 der Akte von 1991 in das Gesetz aufzunehmen.

Artikel 14 der Akte von 1991: Inhalt des Züchterrechts

19. Artikel 5 des Gesetzes enthält Bestimmungen über den „Inhalt des Züchterrechts“. Es wird empfohlen, das Gesetz gemäß den Bestimmungen des Artikels 14 der Akte von 1991 zu ändern.

Artikel 15 der Akte von 1991: Ausnahmen vom Züchterrecht

20. Das Gesetz enthält keine Bestimmungen über die Ausnahmen vom Züchterrecht. Es wird empfohlen, die Ausnahmen vom Züchterrecht gemäß den Bestimmungen des Artikels 15 der Akte von 1991 in das Gesetz aufzunehmen.

Artikel 16 der Akte von 1991: Erschöpfung des Züchterrechts

21. Das Gesetz enthält keine Bestimmungen über die „Erschöpfung des Züchterrechts“. Es wird empfohlen, die Bestimmungen über die „Erschöpfung des Züchterrechts“ gemäß Artikel 16 der Akte von 1991 in das Gesetz aufzunehmen.

Artikel 17 der Akte von 1991: Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts

22. Das Gesetz enthält keine Bestimmungen über die „Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts“. Es wird empfohlen, die Bestimmungen über die „Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts“ gemäß Artikel 17 der Akte von 1991 in das Gesetz aufzunehmen.

Artikel 18 der Akte von 1991: Maßnahmen zur Regelung des Handels

23. Das Gesetz, insbesondere Artikel 3 bis 6 und 9, scheinen Bestimmungen zu enthalten, die den Bestimmungen des Artikels 18 der Akte von 1991 nicht entsprechen. Es wird empfohlen, das Gesetz gemäß den Bestimmungen des Artikels 18 der Akte von 1991 zu ändern.

Artikel 19 der Akte von 1991: Dauer des Züchterrechts

24. Artikel 5 des Gesetzes enthält Bestimmungen über die „Dauer des Züchterrechts“. Es wird empfohlen, Artikel 5 des Gesetzes gemäß den Bestimmungen des Artikels 19 der Akte von 1991 zu ändern.

Artikel 20 der Akte von 1991: Sortenbezeichnung

25. Das Gesetz enthält keine Bestimmungen über „Sortenbezeichnung“. Es wird empfohlen, die Bestimmungen über „Sortenbezeichnung“ gemäß den Bestimmungen des Artikels 20 der Akte von 1991 in das Gesetz aufzunehmen.

Artikel 21 der Akte von 1991: Nichtigkeit des Züchterrechts

26. Das Gesetz enthält keine Bestimmungen über „Nichtigkeit des Züchterrechts“. Es wird empfohlen, die Bestimmungen über „Nichtigkeit des Züchterrechts“ gemäß den Bestimmungen des Artikels 21 der Akte von 1991 in das Gesetz aufzunehmen.

Artikel 22 der Akte von 1991: Aufhebung des Züchterrechts

27. Das Gesetz enthält keine Bestimmungen über „Aufhebung des Züchterrechts“. Es wird empfohlen, die Bestimmungen über „Aufhebung des Züchterrechts“ gemäß den Bestimmungen des Artikels 22 der Akte von 1991 in das Gesetz aufzunehmen.

Artikel 30 der Akte von 1991: Anwendung des Übereinkommens

28. Artikel 7 des Gesetzes enthält Bestimmungen über die Wahrung der Züchterrechte. Es wird empfohlen, das Gesetz gemäß Artikel 14 der Akte von 1991 zu ändern und „geeignete Rechtsmittel für die wirksame Wahrung der Züchterrechte bereitzustellen“, wie von Artikel 30 Absatz 1 Nummer i der Akte von 1991 vorgeschrieben.

29. In bezug auf die Verpflichtung nach Artikel 30 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991, sieht Artikel 2 des Gesetzes folgendes vor:

„Artikel 2

„Für die Umsetzung der Bestimmungen dieses Gesetzes wird das *Institut für die Eintragung und Zertifizierung von Saat- und Pflanzgut*, nachstehend als „Institut“ bezeichnet, innerhalb der Organisation für landwirtschaftliche Forschung und Ausbildung eingerichtet und ist berechtigt, die physischen Einrichtungen und das Personal des Landwirtschaftsministeriums unter Aufsicht des Vorstandes der Organisation für landwirtschaftliche Forschung und Ausbildung zu nutzen. Das Institut soll exklusiv sämtliche landesweiten Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Identifizierung und Eintragung von Pflanzensorten sowie der Kontrolle und Zertifizierung von Saat- und Pflanzgut durchführen.

„Anmerkung 1) Der Vorstand der Organisation für landwirtschaftliche Forschung und Ausbildung wird aus folgenden Personen bestehen:

- „ - dem Landwirtschaftsminister;
- „ - dem Minister für Wissenschaft, Forschung und Technologie;
- „ - dem Leiter der nationalen Organisation für Verwaltung und Planung;
- „ - dem Leiter der Organisation für Umweltschutz;
- „ - dem Stellvertretenden Minister und Leiter der Organisation für landwirtschaftliche Forschung und Ausbildung und einem der vom Landwirtschaftsminister ernannten Verwaltungsdelegierten;
- „ - zwei vom Minister für Wissenschaft, Forschung und Technologie ernannte herausragende Mitglieder des wissenschaftlichen Vorstands der Universitäten;
- „ - drei von dem betreffenden Minister ausgewählte angesehene Forscher des Landwirtschaftsministeriums.

„Anmerkung 2) Der Leiter der Organisation für landwirtschaftliche Forschung und Ausbildung wird als Sekretär des Vorstands dienen.

„Anmerkung 3) Innerhalb eines Zeitraums von höchstens drei Monaten nach Ratifizierung dieses Gesetzes wird das Organigramm des Instituts vom Landwirtschaftsministerium erstellt und an den Vorstand weitergeleitet. Das Organigramm wird nach Ratifizierung durch die nationale Organisation für Verwaltung und Planung in Kraft treten.

„Anmerkung 4) Sämtliche parallel zu dem oben genannten Institut im Landwirtschaftsministerium bestehenden Einheiten und Einrichtungen werden am Tag der Ratifizierung des Organigramms aufgelöst und ihre Einrichtungen und Aufgaben an das Institut übertragen.

„Anmerkung 5) Der Leiter des Institutes wird auf Vorschlag des Stellvertretenden Ministers und Leiters der Organisation für landwirtschaftliche Forschung und Ausbildung sowie durch einen formellen Erlass des Landwirtschaftsministers ernannt.

„Anmerkung 6) Die fiskalischen, administrativen und organisatorischen Tätigkeiten des Instituts fallen unter den juristischen Zuständigkeitsbereich und die Regelungen der Organisation für landwirtschaftliche Forschung und Ausbildung“.

30. Es wird empfohlen, Bestimmungen in das Gesetz aufzunehmen, die der Verpflichtung zur Veröffentlichung von Mitteilungen über Anträge auf Erteilung und Erteilung von Züchterrechten und vorgeschlagene und genehmigte Sortenbezeichnungen, wie von Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 vorgeschrieben, entsprechen.

Allgemeine Schlußfolgerung

31. Artikel 12 des Gesetzes sieht folgendes vor:

„Um moderne Technologie zu erlangen und die wissenschaftlichen Möglichkeiten auf internationaler Ebene zu nutzen sowie Informationen auszutauschen und den notwendigen Weg für Forschungstätigkeiten zu bereiten, ist das Institut bevollmächtigt, die Mitgliedschaft in den folgenden Organisationen durch Einhaltung der entsprechenden Regelungen zu erlangen:

Internationale Vereinigung für Saatgutprüfung (ISTA), Saatgutvereinigung für Asien und den Pazifik (APSA), Saatgutschema der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Internationaler Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV), Westasiatisches und nordafrikanisches Saatgutnetz (WANA).“

32. Aufgrund der Analyse in diesem Dokument wird empfohlen, die in diesem Dokument vorgeschlagenen zusätzlichen Bestimmungen und Änderungen in das Gesetz aufzunehmen, um die Islamische Republik Iran

in die Lage zu versetzen, den Bestimmungen der Akte von 1991 Wirkung zu verleihen, wie in deren Artikel 30 Absatz 2 vorgeschrieben.

33. *Der Rat wird ersucht:*

(a) *die Analyse in diesem Dokument zur Kenntnis zu nehmen;*

(b) *zu empfehlen, daß die Islamische Republik Iran die in diesem Dokument dargelegten zusätzlichen Bestimmungen und Änderungen in das „Gesetz über Sorteneintragung, Saat- und Pflanzgutkontrolle und -zertifizierung von 2003“ aufnimmt, und zu empfehlen, nach Aufnahme der zusätzlichen Bestimmungen und Änderungen in das Gesetz das geänderte Gesetz dem Rat zur Prüfung auf Vereinbarkeit mit Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 vorzulegen;*

(c) *das Verbandsbüro zu ersuchen, der Regierung der Islamischen Republik Iran bei der Abfassung der erforderlichen zusätzlichen Bestimmungen und Änderungen des Gesetzes bei der frühesten Gelegenheit seine Unterstützung anzubieten, und*

(d) *den Generalsekretär zu ermächtigen, die Regierung der Islamischen Republik Iran von dieser Entscheidung zu unterrichten.*

[Anlagen folgen]

ANLAGE I



Landwirtschaftsministerium
Organisation für landwirtschaftliche Forschung, Aus- und Weiterbildung

Institut für die Zertifizierung und Eintragung von Saat- und Pflanzgut (SPCRI)

Nr: 10828/253

Datum: 23. Februar 2015

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

ich freue mich, Ihnen mitteilen zu dürfen, daß die Islamische Republik Iran ihre nationalen Rechtsvorschriften für den Schutz der Züchterrechte auf der Grundlage folgender Regeln und Vorschriften errichtet hat:

1. Das Gesetz über Sorteneintragung, Saat- und Pflanzgutkontrolle und –zertifizierung (das Gesetz), das im Jahr 2003 von der Islamischen Beratenden Versammlung erlassen wurde.
2. Die Verordnung über die Eintragung von Pflanzensorten (die Verordnung), die 2007 gemäß Absatz 2 von Art. 3 'des Gesetzes' von dem zuständigen Vorsitzenden erlassen wurde, einschließlich der jüngsten Änderung von 2009.
3. Die Akte von 1991 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzensorten (UPOV-Übereinkommen), die gemäß Art. 12 'des Gesetzes' und Art. 9 'des iranischen Zivilgesetzbuches' ordnungsgemäß zur Inkraftsetzung ab dem offiziellen Beitritt der Islamischen Republik Iran zum UPOV-Übereinkommen genehmigt wurde.

Die Regierung der Islamischen Republik Iran beabsichtigt, dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzensorten vom 2. Dezember 1961, revidiert in Genf am 10. November 1972, am 23. Oktober 1978 und am 19. März 1991 (UPOV-Übereinkommen), beizutreten.

Gemäß den Bestimmungen von Art. 34 Absatz 3 des UPOV-Übereinkommens würde ich es sehr schätzen, wenn der Rat der UPOV die Vereinbarkeit 'des Gesetzes' und 'der Verordnung' in Einklang mit dem 'iranischen Zivilgesetzbuch' mit den Bestimmungen des UPOV-Übereinkommens prüfen könnte.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Mohammad H. Assareh
Generaldirektor

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Assareh', is written over the typed name.



Herrn

Francis Gurry
Generalsekretär
Internationaler Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV)
34, chemin des Colombettes
1211 Genf 20 - Schweiz

Anlagen:

- Anhang Nr.1: Artikel 77 der Verfassung der I.R. Iran

- Anhang Nr.2: Artikel 9 des Zivilgesetzbuches der I.R. Iran
- Anhang Nr.3: das Gesetz
- Anhang Nr.4: die Verordnung

[Anlage II folgt]

ANNEX II / ANNEXE II / ANLAGE II / ANEXO II

*[In English only / En anglais seulement /
Nur auf Englisch / En Inglés solamente]*

Act of Plant Varieties Registration, Control
And Certification of Seeds and Plant Materials
(Islamic Republic of Iran)

Article 1

According to this Act and for the purpose of safeguarding national interests and organizing the process of controlling and certifying seeds and plant materials and for protection of breeders' intellectual properties, the Ministry of Jihad-e-Agriculture shall be responsible to identify and register the newly produced plant varieties and take actions to control and monitor the affairs related to the country's seed and plant material.

Article 2

For the implementation of the provisions of this Act, the *Seed and Plant Material Registration & Certification Research Institute* hereinafter referred as "Institute" shall be established within the Agricultural Research & Education Organization and is entitled to benefit from physical facilities and staff available in the Ministry of Jihad-e-Agriculture and under auspices of the Trustee Board of the Agricultural Research & Education Organization. The institute shall exclusively carry out all nations wide activities related to the identification and registration of plant varieties and control and certification of seeds and plant materials.

Note 1) The Trustee Board of the Agricultural Research & Education Organization will be comprised of:

-Minister of Jihad-e-Agriculture;

-Minister of Science, Research & Technology;

-Head of the country's Management & Planning Organization;

-Head of the Environment Protection Organization,

Deputy Minister and Head of the Agricultural Research & Education Organization and one of the administrative deputies introduced by the Minister of Jihad-e-Agriculture;

-Two outstanding members of scientific board of the universities

Introduced by the Minister of the Science, Research & Technology;

-Three distinguished researchers of the Ministry of Jihad-e Agriculture selected by the concerned Minister

Note 2) Head of Agricultural Research and Education Organization shall act as the secretary of the trustee board.

Note 3) Within maximum three months after the ratification of this Act, the organizational chart of the institute shall be prepared by the Ministry of Jihad-e-Agriculture and forwarded to the trustee board. The organizational chart shall take effect after being ratified by the country's Management and Planning Organization.

Note 4) All parallel units and establishments to the above mentioned institute within the Ministry of Jihad-e-Agriculture shall be dissolved at the very date of ratification of the organizational chart and their facilities and their tasks shall be transferred to the institute.

Note 5) Head of the institute will be appointed upon the proposal of the Deputy Minister and Head of Agricultural Research and Education Organization and through the formal decree of Minister of Jihad-e-Agriculture.

Note 6) The fiscal, administrative and organizational activities of the institute shall fall under jurisdiction and regulations of Agricultural Research and Education Organization.

Article 3

In case the new plant varieties fully comply with the following conditions and requirements are eligible to be registered:

A) The new cultivars should have distinct genetic characteristics and features as compared to previously registered or identified cultivars. The transgenic varieties shall be subject to the provisions of this Clause.

B) The new varieties shall be identical from genetic, and morphological aspects or both.

C) The specification of the variety, whether a hybrid or non-hybrid one shall remain unchanged during the years of production and propagation.

- Note 1) Non-improved and wild plant genetic resources shall be considered as national genetic resources and by any means, the private sector is not allowed to register them. Pursuant to the request of public sector, such resources can be registered in the name of the government of Islamic Republic of Iran.
- Note 2) The by-Acts pertaining to the introduction and protection of plant varieties shall be formulated by the institute and following approval of the trustee board, these by-Acts are enforceable.
- Note 3) In case of the reception of proposals from universities, research institutes or legal and natural persons, the institute shall register the prevalent varieties, pure and promising lines as well as male sterile and inbred lines which possess key and fundamental role in production of varieties.
- Note 4) The institute shall give priority to registration of the country's prevalent varieties.

Article 4

For the purpose of attaining reliance on the specification of seeds and plant materials and their full compliance with the characteristics of the original seeds at the time of registration and to ensure that the expected specification will remain unchanged and healthy while bearing the needed standards during propagation, cleaning and distribution, the institute shall monitor the following measures so as to control and certifies the seeds and plant materials:

- A) Determination of genetic authenticity of reproduced Seeds and Plant materials;
- B) Health and sanitation of produced seeds and plant materials;
- C) Compliance with national and international standards, which are officially or legally accepted by the Islamic Republic of Iran and is being applied for production of seeds and plant materials; The level for national standards will be set higher than international levels.

Article 5

By receiving the breeders' right for the improved plant varieties, the breeder (legal entity or individual) is entitled to intellectual property rights and shall be the sole commercial beneficiary of the variety for a period of maximum 18 years. Any commercial use of the registered variety by any person other than the breeder is subject to the written consent of the breeder.

Note) The breeder who has already registered a variety in his/ her name may assign his/ her exclusive economic and commercial privilege to any other individual or legal entity person.

Article 6

The institute is authorized:

- A) To issue permit for the competent units and legal entity or individual persons to perform monitoring controlling and certifying seeds and plant materials at all stages of production and processing under the supervision and obtaining the permit of the institute.
- B) To give production permit to competent units and legal entity or individual persons for the production of Seeds and Plant materials under supervision of related bodies.
- C) To collect part of the costs of identifying and registering plant varieties and all costs of controlling and certifying the seeds and plant materials in order to render technical services, identify the varieties, control seeds and plant materials quality, accomplish the designated task as well as to promote scientific and research capabilities of the institute. For this purpose, the board shall determine the tariffs as well as to open a specified account at Treasury in which the received charges shall be deposited and the equivalence will be determined as annual budget of the institute.

Note) Registration of non-improved genetic resources in the name of the Islamic Republic of Iran shall be done free of charge.

- D) To specify the standard seed's category (super elite, elite, breeder, certified and hybrid seeds and so forth) and announce to the public after the approval of the board of trustees.

Article 7

The following cases will be considered as violations and infringements of the Act and the violators will be treated in accordance with the prevailing Acts and regulations,

- I) Fraudulent patent and introduction of other varieties belonging to other legal entity or individual patentees;
- II) Non-observance of technical principles announced by the institute pertaining to propagation of Seeds and plant materials, and consequent loss and damage to the legal and beneficiaries;
- III) Non-compliance with the Phytosanitary regulations of the country
- IV) Utilization of the registered patented varieties without obtaining the respective legal permits from the legal or persons in the name of who the varieties have already been registered.
- V) Production and propagation of seeds and plant materials to be supplied to the market without obtaining a certificate from the institute;

Note 1) By virtue of expert evidence of the institute (provision of expert evidence is only within the jurisdiction ambit of the institute) and legal action made by the institute or any beneficiary, the judiciary shall pursue the case and if any breach of Act is proved, the violator, by operation of Act, shall pay cash penalty equivalent to three times of loss and damage and also compensate for the loss and damage incurred to the plaintiff and based on the prevailing rates of the time of legal verdict.

Article 8

For prevention of genetic disorders, the institute shall identify and introduce the regions suitable for the production of quality seeds and plant materials of various varieties.

Article 9

The Ministry of Jihad-e-Agriculture is responsible for the providing of necessary facilities for development, encouragement, and support of private sector and investment in the areas of improvement, propagation, distribution and export of seeds and plant materials.

Article 10

Export of seeds and plant materials in commercial quantities shall be subject to the obtainment of certificate from the institute and full compliance with phytosanitary quarantine regulations.

Article 11

From the approved date of the present Act, any commercial import of seeds and plant materials shall be subject to obtainment of permit from the Ministry of Jihad-e-Agriculture and observance of the quarantine and phytosanitary regulations and seed and plant material standards as well.

Note) The entry of exotic plant varieties sample for research purposes and study of their adaptability in both governmental or non-governmental research institutes and centers is exempted from the present Act.

Article 12

In order to achieve modern technology and utilize the scientific potentialities at international level as well as to exchange information and pave the necessary ground for research activities, the institute is authorized to attain the membership of the following organizations through the observance of the respective regulations: International Seed Testing Association (ISTA), Asian Pacific Seed Association (APSA), International Organization for Economic Cooperation and Development, Seed Scheme International Union for Protection of Plant New Varieties (UPOV), West Asia and North Africa Seed Networks (WANA)

Article 13

The Ministry of Jihad-e-Agriculture shall prepare annual performance reports which are subject of this Act and submit them to the government and the commission for agriculture, Water and Natural Resources of the Islamic Consultative Assembly.

Article 14

The executive by-Acts pertaining to the present Act shall be formulated by the Ministry of Jihad-e-Agriculture and shall be forwarded to the Cabinet minister for ratification within maximum three months after this Act has come into force.

This Act which is comprised of fourteen articles and fourteen notes has been ratified by the Islamic Consultative Assembly and endorsed and certified by the Council of Guardians on Sunday 30, July 2003.

[Annex III follows
L'annexe III suit
Anlage III folgt
Sigue el Anexo III]

ANNEX III / ANNEXE III / ANLAGE III / ANEXO III

*[In English only / En anglais seulement /
Nur auf Englisch / En Inglés solamente]*

By-law on Registration of Plant Varieties

In enforcement of note (2) of article (3) of Plant Varieties Registration and Seed and Plant Control and Certification Act which enacted on July 20, 2003, by Parliament, the By-law on Registration of Plant Varieties is approved as follows:

Article 1- Definitions:

Act: Means Act of Plant Varieties Registration, and Seed and Plant Control and Certification enacted on July 20, 2003;

Trustees Board: Means the Trustees Board which is established under note (1) of Article (2) of Act;

Institute: Means Seed and Plant Registration and Certification Institute which is established under article (2) of act

Breeder: Means legal entity or natural person who "bred", or "discovered and developed", a plant variety for the first time.

Right holder: Means legal entity or natural person who subject to article (5) of Act has obtained the protection on the registered variety

Variety: Means a plant grouping within a single botanical taxon of the lowest known rank, distinguished from any other plant grouping by the expression of uniform and stable characteristics.

Protected Variety: Means a variety that is registered under article (3) of the Act and this By-law.

Propagating Materials: Means seed and any other propagating parts of plants,

Application: Means application related to registration of new plant variety for protection which is submitted to the Institute. The date of application is the date on which it has formally been submitted to the Institute.

Article 2- Variety Registration for Protection:

A Variety may be registered under article (3) of Act, when it provides the following features:

1- Novelty: The variety shall be deemed to be new if, at the date of the application, propagating or harvested material of the variety has not been sold by or with the consent of the applicant,

(a) In the territory of the Country in which the application has been filed, earlier than one year before the application date and

(b) In a territory other than of the Country in which the application has been filed earlier than four years or, in the case of fruit or non fruit trees, earlier than six years before the application date.

Note 1: Novelty shall not be erased, if sale of new variety has been done under following circumstances:

(a) Without authorization of applicant,

(b) Multiplying of a variety initial nucleuses with a view to evaluating it in field, greenhouse or laboratory by legal entities or natural persons who have taken written authorization from applicant,

(c) Extension and Promoting activities or exploratory multiplying of a variety.

2- Distinctness: The New variety shall be distinguishable from any other existing variety by at least one or more physiologic or morphologic characteristic at the application date.

3- Uniformity: The New variety shall be sufficiently uniform in the expression of the relevant characteristics.

4- Stability: The variety shall be deemed to be stable if its relevant characteristics remain unchanged at the end of each or several cycles of propagation.

Article 3- New variety denomination:

The applicant shall propose the denomination of the variety at the filing of the application. The Institute will accept the denomination, if the denomination does satisfy the following requirements:

1- It must enable the variety to be identified.

2- It may not consist solely of figures.

3- It may not to cause confusion with the denomination of existing varieties of the same plant species or of a closely related species.

4- It must not be liable to mislead or to cause confusion concerning the characteristics, value or identity of the variety or the identity of the breeder.

5- The Denomination of a variety shall not affect the prior rights of third persons or its use be hampered by other rights.

6- It may not cause a breach of public discipline and morality.

Note 1- New varieties related to the research institutes of Agricultural Research, Education and Extension Organization (AREEO), before conducting the institute tests, will be selected and denominated via the variety selection and denomination committee of the organization. The Mentioned research institutes shall insert the approved denomination by the variety selection and denomination committee of the organization in the registration application form when the application of the new variety is filed.

Note 2- If the Institute refuses the proposed variety denomination, the applicant is obliged to submit another denomination for the variety, during the 30 days from the date of the written refusal. If the last day coincides with a legal holiday, the first working day will be the last day.

Note 3- The Registered variety must be used just with the approved denomination. All persons who use that variety are obliged to use the denomination of the variety, even after the expiration of the breeder's right of that variety.

Article 4- A registered variety may be offered for sale or marketing in association with a trade name or trademark, provided that the right holder has given his authorization.

Article 5- Application procedure:

1- The procedures of plant variety registration begin from the date of submitting application to institute.

2- Application for registration shall be fulfilled in Persian and shall include following information:

(a) Name, Occupation, nationality and place of residence of applicant,

(b) Name, Occupation, nationality and place of residence of successor in title, if application submit by successor in title,

- (c) Genera and species name,
- (d) Denomination proposal of the variety,
- (e) Technical description of the variety,
- (f) Formal characterization of the variety (including distinguishable characteristics of variety)

3- In order to perform the technical examination, the applicant shall submit documents and material to institute at the time of submitting the application.

4- An Application for every variety shall be fulfilled separately.

5- The Reception of the application is subject to pay the application fees.

6- Application or Registration fees will be received in accordance with the tariffs which will be approved by trustee's board. The Institute is obliged to issue fee payment instructions as approved by the trustee's board.

7- If one or more legal entities or natural persons fulfill the application jointly, the percentage of them shall be identified expressly.

8- The Application notice will be published in the Official Gazette and the Institute Magazine on applicant's cost.

9- Any objection in relation to the application notice will be examined during six months from the date of application notice mentioned at paragraph (8).

10- In relation to technical examinations, the objector shall submit information, documents and material to the institute during the deadline included in paragraph (9).

11- If different (legal) persons file the same application, the first valid application to the institute, takes precedence for registration.

12- If the applicant has already filed an application in one of the countries, including UPOV members, which have concluded an agreement on protection of plant varieties with the Islamic Republic of Iran it may enjoy a right of priority for a period of 12 months from the day after the date of filing of that first application.

Article 6- Technical examination of the variety:

1- The Institute will examine the accuracy of information included in the application to ensure if it fulfills the following requirements:

- (a): The conditions as laid down in Article (2) of this by-law,
- (b): Confirmation of the variety characterization as claimed by the applicant,

Note: The Institute is obliged to provide and publish the DUS testing instructions of different species.

2- The Institute is authorized to entrust technical examinations as included in article 2(2), (3) and (4) and article 6(1) of this by-law to qualified legal entities and qualified natural persons.

3- The Applicant is obliged to submit plant material, information and complementary documents which may be needed to perform technical examinations by the institute.

4- If the applicant won't submit the material as mentioned in paragraph (3) during one month from the date of application to the institute, the institute will refuse the application unless applicant adduces the acceptable evidences.

Note: The Institute is authorized in the case of necessity and in any phase of the technical examination, to constitute technical committees which will include related experts to use their consultative viewpoints.

5- The Acceptance or refusal of the application in any phase of the technical examination is under responsibility of the technical committee. This committee will include:

- The Institute deputy on variety registration, and
- Four senior experts which will be chosen by the Head of the Institute according to the kind of crop for 2 years,

The Committee may invite other qualified senior experts in case of necessity. Reselection of committee members is accepted.

6- The Technical committee is authorized to base its decision to register a variety on different methods such as "direct test", "observing in the field", and examination information and documents which are available in UPOV member countries or in countries which have concluded a Plant Variety Protection Agreement with the Islamic Republic of Iran.

Article 7- Variety registration and grant of breeder's right:

1- The Institute will register the variety and grant breeder's right, if it attains that the variety meets the criteria as specified in articles 2, 5 and 6 of these by-laws.

2- The Institute shall inform the applicant on the result of acceptance or rejection of the application, during at most one month after ending the variety technical examination which is established under article (6) of this by-law.

Article 8- Assignment of breeder's rights:

1- Plant breeder's rights shall be assignable like other kinds of proprietary rights.

2- Any assignment of plant breeder's rights shall be certified by the Notary Public Offices and the institute shall be informed in writing.

Article 9- Conditions for the grant of the plant breeder's rights:

1- Breeder's rights shall be granted to the applicant or his successor in title.

2- Where two or more legal entities or natural persons have bred, or discovered and developed a variety jointly, entitlement to grant shall vest in them jointly in their shares subject to article 5(7) of this bylaw.

3- If plant breeder's rights granted as a result of breeding, or discovery and development of plant variety in the execution of a commission or of an employment contract, it shall belong to the commissioner or employer unless in the case of contractual provisions to the contrary.

Article 10- Variety Protection:

1- In regard to paragraphs (3) and (4) of this article the following acts in respect of the propagating material of the protected variety shall require the authorization of the breeder:

- (a) Production or reproduction (multiplication),
- (b) Conditioning for the purpose of propagation,
- (c) Offering for sale or marketing,

- (d) Exporting of propagating materials,
- (e) Importing of propagating materials,
- (f) Stocking for any of the purposes mentioned in (a) to (e), above.

2- The breeder may make his authorization subject to conditions and limitations. In the case there is no breeder's authorization, using the production which is directly or indirectly derived from plants or harvested materials of plants, is unauthorized.

3-The provisions of paragraphs (1) and (2) of this article shall also apply in relation to following varieties:

- (a) Varieties which are essentially derived from the protected variety, where the protected variety is not itself an essentially derived variety;
- (b) Varieties which are not clearly distinguishable from the protected variety, in accordance with Article 2(2);
- (c) Varieties whose production requires the repeated use of the protected variety;

Note: a variety shall be deemed to be essentially derived from another variety when:

- (a) It is predominantly derived from the initial variety, or from a variety that is itself predominantly derived from the initial variety, while retaining the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety,
- (b) It is clearly distinguishable from the initial variety, and
- (c) Except for the differences which result from the act of derivation, it conforms to the initial variety in the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety.

4- The protection period of breeder's right is granted according to article (5) of act.

5- Exceptions to the Breeder's Right:

The breeder's right shall not extend to

- (a) Acts done for non-commercial purposes,
- (b) Acts done for breeding new varieties
- (c) Small farmers' save seed of the protected variety,

Note: The Institute will identify the scope of small farmers according to kind of crop, kind of cultivation and geographical region.

6- Exhaustion of the Breeder's Right: The breeder's right shall not extend to material of the protected variety, or harvested material of a protected variety or any material derived from the said materials, provided that protected variety has been sold or marketed under the authorization of the breeder.

7- Monitoring of Protected Variety:

- (a) The Institute is authorized to monitor production and propagation of a protected variety across the country in agreement with the breeder's right holder and according to a contract.
- (b) The holder of a breeder's right shall, throughout the period for which the right is exercisable, be under an obligation to make available, at the request of the Registrar, reasonable samples of the protected variety

capable of producing plants which correspond to the characteristics defined for the variety when the right was granted.

(c) The holder of a breeder's right, during the term which the breeder's right is in force, is obliged to provide the institute all such information and documents as may be requested for the purpose of ensuring that the holder of the breeder's right is fulfilling his obligations.

Article 11- Information:

1- The information under article 5(2) of these by-laws shall be kept under the management of the institute.

2- Any legitimate person having the rights to access the documents in accordance with the Act may inspect:

(a) The documents relating to applications under these by-laws;

(b) The documents relating to granted plant breeder's rights;

(c) The documents relating to farm, laboratory and greenhouse test of a variety.

3- The Institute shall preserve the originals or copies of the documents in the files until ten years after the withdrawal or rejection of the application, or the lapse of the plant breeder's rights, as the case may be.

Article 12- Gazette:

The Institute is obliged to publish the following information in official gazette and institute magazine on applicant's cost:

(a) Applications for registration (applications for the grant of plant breeder's right),

(b) Withdrawals of applications,

(c) Rejections of applications,

(d) Grant of breeder's right,

(e) Assignments and licenses,

(f) Changes in the persons (applicants, holders and procedural representatives)

(g) Lapses of breeder's right,

(h) Any other official announcement relating to plant breeder's rights as it may be determined from time to time by the Institute.

Article 13- Cancellation of the Breeder's Right:

The Breeder's right shall be canceled for the following reasons:

1- If the protected variety has lost the requirements laid down in article 2(3) or 2(4).

2- If, after being requested to do so and within six months,

(a) The breeder does not provide the information, documents or material deemed necessary for verifying the maintenance of the variety,

(b) The breeder fails to pay such fees as may be payable to keep his right in force, or

(c) The breeder does not propose, where the denomination of the variety is cancelled after the grant of the right, another suitable denomination.

Article 14- Nullity of breeder's right:

For the following reasons the breeder's right shall be subject to nullity:

- 1- The variety did not meet the conditions as laid down in Article 2(1), (2) of these by-laws at the time of the grant of the breeder's right,
- 2- The breeder's right has been granted to a person who is not entitled to it, unless it is transferred to a person who is so entitled.

Article 15- Registration and protection tariffs, and fees will be in accordance with independent instructions which will be suggested by the institute and will be approved by the trustees' board.

Article 16- This by-law consists of 16 articles approved by the Trustees Board of Agricultural Research, Education & Extension Organization on October 10, 2009.

[End of Annex III and of document/
Fin de l'annexe III et du document/
Ende der Anlage III und des Dokuments/
Fin del Anexo III y del documento]